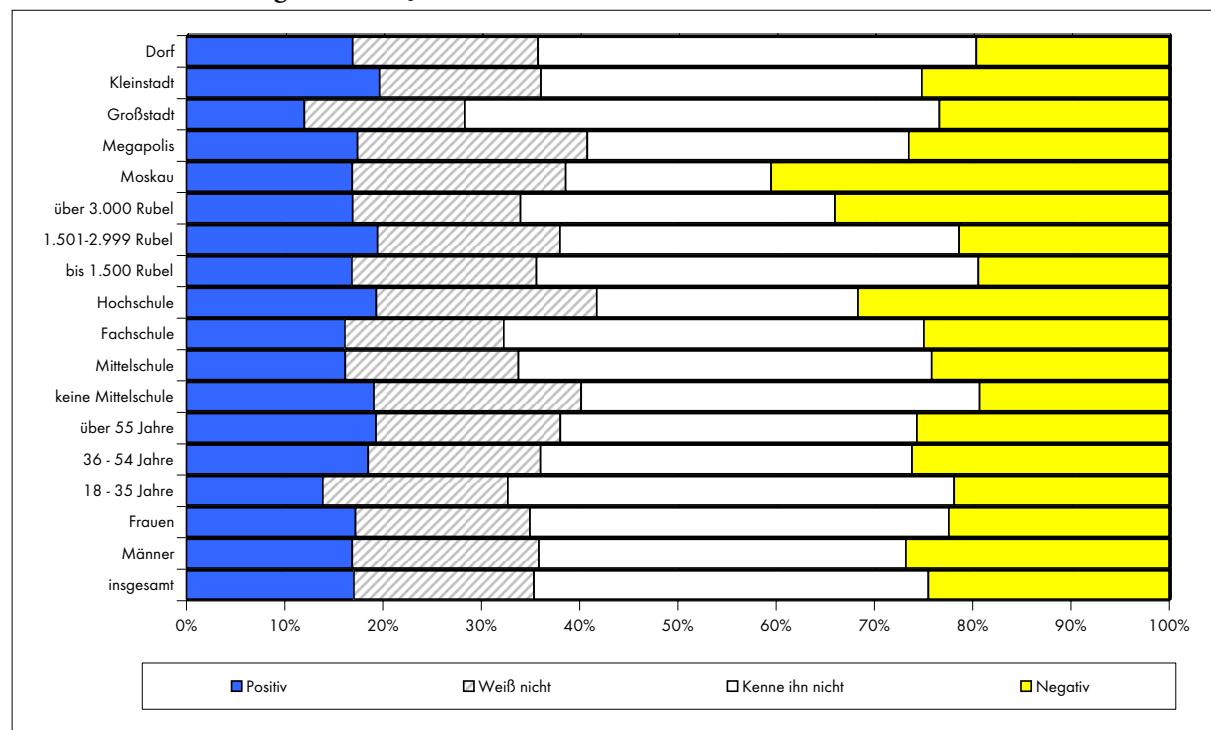


### Wie ist Ihre Einstellung zu Viktor Juschtschenko?



Nach: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 26.-27. März 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0513.zip> 27. Mai 2005

## Analyse

### Russische Unternehmen und die neuen EU-Mitgliedsländer

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

#### Zusammenfassung

Russische Erdöl- und Erdgasfirmen, allen voran Gasprom, Lukoil und Jukos, bemühen sich bereits seit den 1990er Jahren intensiv um Zugang zum EU-Endverbrauchermarkt, da die Lieferung an den Endverbraucher deutlich höhere Gewinne bringt als der Export bis zur Grenze. Vor allem die Erdölfirmen konnten hier aber keine Erfolge verbuchen. Mit der EU-Osterweiterung wurden Investitionen in den neuen EU-Mitgliedsländern deshalb als Eintrittskarte in die EU gesehen. Aufgrund der engeren wirtschaftlichen Verflechtung mit den ehemals sozialistischen Ländern konnten russische Firmen hier besseren Zugang finden. Ihr Engagement schürte in den neuen EU-Mitgliedsländern aber gleichzeitig politische Ressentiments gegenüber einem Ausverkauf nationaler Interessen an Russland.

#### Interesse am EU-Endverbraucher

Die kommerziellen privaten Öl- und Gasunternehmen, die die russische Produktion in der ersten Hälfte der 1990er Jahre übernahmen, entwickelten bald ein Interesse, sich auf dem Endverbrauchermarkt der EU zu etablieren, da der Direktverkauf von Erdölprodukten und die Lieferung von Erdgas an den Endverbraucher Profite zulassen, die um einiges höher sind, als diejenigen, die durch den Verkauf von Rohprodukten an der Grenze entstehen.

Der russische Erdgasmonopolist Gasprom war das erste russische Energieunternehmen, das sich auf dem EU-Endverbrauchermarkt etablierte. Gasprom baute

auf der strategischen Partnerschaft mit der deutschen Firma Ruhrgas auf, die im Jahre 1970 begann, als der erste Liefervertrag zwischen der Sowjetunion und Ruhrgas unterschrieben wurde. Ruhrgas schien jedoch unwillig, seinem russischen Partner Zugang zu diesem profitablen Segment des Erdgasmarktes zu gewähren, daher unterschrieb Gasprom eine Kooperationsvereinbarung mit Wintershall, einer Tochterfirma von BASF und einem der Hauptrivalen von Ruhrgas auf dem deutschen Erdgasmarkt. Die Vereinbarung beinhaltete den gemeinsamen Verkauf von russischem Erdgas wie auch die gemeinsame Planung und den gemeinsamen Bau von Gasleitungen

und -lagereinrichtungen in Deutschland und in den benachbarten Ländern. Die Kooperation mit Wintershall bot Gasprom einen dauerhaften Zugang zur westeuropäischen Gasversorgung. Ruhrgas musste die Strategie seines Hauptlieferanten akzeptieren und intensivierte seinerseits die Zusammenarbeit mit Gasprom. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erwarb Ruhrgas 5% Anteile an dem russischen Unternehmen und erhielt damit einen Sitz im Aufsichtsrat.

Russische Ölfirmen fanden es viel schwerer, einen Zugang zum EU-Endverbrauchermarkt zu erhalten. Erstens war der Ölmarkt der EU liberalisiert und wurde durch multinationale Unternehmen dominiert, die in einer viel stärkeren Position als die nationalen Erdgasfirmen waren, die in einer hoch reglementierten Umgebung agierten. Zweitens ist es für Ölfirmen mit Sitz in der EU viel leichter, Lieferungen zu diversifizieren als für Erdgasfirmen mit Sitz in der EU, die fast völlig von Lieferungen per Pipeline abhängig sind. Dementsprechend sahen EU-basierte Ölfirmen keinen Grund für strategische Partnerschaften mit russischen Firmen.

### Engagement in den neuen EU-Mitgliedsländern

**M**it dem Näherrücken der Osterweiterung der EU haben russische Unternehmen Investitionen in EU-Beitrittsländer zunehmend als Eintrittskarte in den EU-Binnenmarkt gesehen. Als die Öl- und Erdgasunternehmen in den neuen EU-Mitgliedsländern privatisiert wurden, kam der überwiegende Anteil an russischen Direktinvestitionen in die erweiterte EU aus der Öl- und Gasindustrie. Gasprom hat in Erdgastransport und -handelsfirmen in neun der 15 alten EU-Staaten und in sieben der zehn neuen Mitgliedsländer investiert. Die großen russischen Ölunternehmen, darunter zuallererst Lukoil und Jukos, haben an allen größeren Privatisierungsauktionen von Raffinerien teilgenommen, wenn auch mit begrenztem Erfolg, und haben ein Tankstellennetzwerk aufgebaut. Insgesamt haben russische Ölfirmen nur in drei der alten EU-Mitgliedsstaaten Aktiva gekauft, aber in allen sieben neuen EU-Mitgliedsländern, die früher dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) angehörten. (Siehe die Tabellen auf den Seiten 15 und 16)

Versuche von russischen Energieunternehmen, in den neuen EU-Mitgliedsländern zu investieren, haben zu beträchtlichen Spannungen geführt. Politischer Widerstand gegen russische Investoren führte oft zu jahrelangen Verzögerungen und politischen Skandalen. In Litauen trat 1999 ein Premierminister wegen eines Streites zwischen amerikanischen und russischen Firmen um einen Anteil an der nationalen Ölfirma, Mazeikiu Nafta, zurück. Erst 2002 wurde schließlich eine Vereinbarung mit Jukos getroffen. Gasprom benutzte eine Scheinfirma mit Sitz in der EU für eine unfreundliche Übernahme der ungarischen Chemiefirma Borsodchem im Jahre 2000, gegen den Widerstand der ungarischen Regierung und unter beträchtlichem politischem Protest. Die polnische Regierung

änderte die Privatisierungsstrategie für die Danziger Erdöl-Raffinerie nach einer Bewertung des politischen Risikos, das ein erfolgreiches Angebot von Lukoil mit sich bringen würde, sodass das russische Unternehmen keine Chance hatte, zu gewinnen. Dementsprechend haben sich Investitionen von russischen Firmen im Großen und Ganzen auf Gasleitungen und Tankstellen beschränkt.

Meistens war die russische Außenpolitik nicht imstande, die Investitionsangebote von russischen Firmen wirksam zu fördern, da die russische Regierung kein außenpolitisches Instrument zur Verfügung hatte, um die Position der betroffenen Länder zu ändern. Im Gegenteil, russische Versuche, Druck zugunsten von russischen Unternehmen auszuüben, wären als Beweis dafür interpretiert worden, dass Russland in einer Verbindung von Politik und Wirtschaft versucht, ehemalige sozialistische Länder zu dominieren. Im Endergebnis agierten russische Unternehmen oft ohne merkbare Unterstützung durch die russische Außenpolitik. Wenn sie mit starker Diskriminierung konfrontiert wurden, bildeten sie Konsortien mit westlichen Firmen oder benutzten Scheinfirmen, um ihren russischen Ursprung zu verschleiern. In diesem Zusammenhang ist argumentiert worden, dass russisches Fluchtkapital hinter vielen zypriotischen Investitionen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten steht.

Eine Ausnahme von dieser Regel sind die baltischen Staaten. Hier benutzten russische Erdöl- und Erdgasunternehmen Druck, vor allem die Unterbrechung von Energielieferungen, als Instrument bei Übernahmeversuchen von Energiefirmen. Da russische Ölleitungen von einem Unternehmen betrieben werden, dass sich im Staatsbesitz befindet und ein staatliches Management hat, bedeuten Unterbrechungen von Öllieferungen implizit die stillschweigende Zustimmung der russischen Regierung. Dies passt zur generell aggressiveren russischen Politik gegenüber den baltischen Staaten und zur aggressiveren Strategie von russischen Öl- und Gasunternehmen gegenüber Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Dies soll anhand von zwei Fallstudien verdeutlicht werden.

### Fallstudie 1: die polnische Raffinerie Danzig

**N**ach langen Debatten einigte sich die polnische Regierung Anfang 1998 auf einen Privatisierungsplan für die polnische Ölindustrie. Die Raffinerie Danzig, eine der ersten Ölfirmen, die privatisiert werden sollte, sollte im ersten Quartal 1999 an einen strategischen Investor verkauft werden. Da jedoch kein Investor bereit war, den geforderten Preis zu bezahlen, wurde 1999 ein alternativer Privatisierungsplan für die Raffinerie Danzig formuliert. Im Sommer 2000 wurde die Raffinerie ein weiteres Mal für einen strategischen Investor ausgeschrieben. Bis zum September hatten insgesamt 13 Investoren ein Angebot vorgelegt.

Nach langen Verhandlungen wurde im August 2001 verkündet, dass die britische Rotch Group die

Siegerin im Ausschreibungsverfahren für einen 75%-Anteil an der Raffinerie Danzig war. Die Vereinbarung wurde im Oktober 2001 von der neu gewählten polnischen Regierung akzeptiert. Rotch konnte jedoch keine Beweise vorlegen, dass sie imstande war, 1 Mrd. US-Dollar an Investitionen zu leisten. Für neue Verhandlungen bildete Rotch ein Konsortium mit der russischen Erdölfirma Lukoil. Die staatliche Ölfirma Nafta Polska stimmte dem Deal zu. Die Teilnahme von Lukoil führte jedoch zu politischem Widerstand. Der Präsident von Lukoil, Wagit Alekperow, kam im September 2002 nach Warschau, um zu versuchen, die polnische Regierung von den Vorteilen eines solchen Deals zu überzeugen. Ministerpräsident Leszek Miller stoppte das Geschäft jedoch mit einem ausdrücklichen Verweis auf das politische Risiko von russischen Investitionen in der polnischen Ölindustrie.

Dies führte dazu, dass Rotch Energy im November 2002 ein neues Konsortium mit der polnischen Ölholding PKN Orlen gründete. Lukoil bildete jetzt ein Konsortium mit Konsorcjum Gdanskie, einer Gruppe von Privatbesitzern polnischer Tankstellen. Obwohl die Regierung gegen das Angebot von PKN Orlen war, da es zu einem Monopol in der Ölbranche geführt hätte, wollte sie das höhere Gebot von Lukoil/Konsorcjum Gdanskie nicht in Erwägung ziehen. Im Februar 2003 setzte sich der russische Ministerpräsident Michail Kasjanow während eines Treffens mit dem polnischen Ministerpräsident Leszek Miller in Warschau für Lukoil ein. Im Mai 2003 legte Lukoil ein weiteres Mal sein Angebot für die Raffinerie Danzig vor, worauf PKN Orlen mit der Ankündigung reagierte, das eigene Angebot zu erhöhen.

Die Regierung gab jedoch die Verhandlungen auf und beschloss, die Raffinerie Danzig in die staatlich kontrollierte Grupa Lotus zu integrieren, die vier Ölraffinerien zusammenfasst. Seitdem haben sowohl Lukoil wie auch PKN Orlen wiederholt ihr Interesse am Kauf entweder der Raffinerie Danzig oder der Grupa Lotus geäußert. Auf der Suche nach einem Kompromiss machte Lukoil auch den Vorschlag, die Raffinerie zu leasen. Die Regierung hat jedoch kein neues Angebot gemacht.

Im Herbst 2004 kam ein Skandal ans Licht, als ein Parlamentsausschuss Zugang zu Geheimdienstdokumenten erhielt, die die Behauptung enthielten, dass Jan Kulczyk, ein polnischer Geschäftsmann mit einem Minderheitenanteil an PKN Orlen, einem russischen Geheimdienstagenten politische Unterstützung für das Angebot von Lukoil angeboten hatte. Obwohl die Untersuchung des Falls noch nicht abgeschlossen ist, ist offensichtlich, dass Geheimdienstaktionen im Prinzip russischen Investoren nützlicher sein können als offene politische Unterstützung. Wie jedoch der Kulczyk-Skandal gezeigt hat, wird öffentliches Misstrauen über russische politische Einmischung wahrscheinlich für lange Zeit jede größere russische Investition in Polen blockieren. (Eine Dokumentation polnischer Reaktionen folgt ab Seite 17)

### Fallstudie 2: die litauische Mazeikiu Nafta

Mazeikiu Nafta, die aus der Mazeikiu-Raffinerie, dem Butinge-Rohöllexportterminal und dem litauischen Pipelinesystem besteht, ist Litauens größtes Industrieunternehmen, das für ca. 10% des litauischen Bruttoinlandsproduktes und ungefähr ein Viertel der Steuereinnahmen verantwortlich ist. Traditionell erhält Mazeikiu ihre Öllieferungen aus Russland, wobei Jukos, TNK und Lukoil die Hauptlieferanten waren. Lukoil wurde auch der russische Koordinator für Ölexporte in das Baltikum. Mazeikiu Nafta setzte jedoch mehr und mehr auf westliche Märkte für ihre Produkte, wofür sie mit BP-Amoco eine langfristige Verkaufs- und Vertriebsvereinbarung abschloss.

Die Integration in westliche unternehmerische Strukturen sollte durch einen strategischen Investor abgesichert werden. 1998 erklärte sich das US-Unternehmen Williams International bereit, 33% Anteile von Mazeikiu Nafta zu kaufen. Als der litauische Staatliche Eigentumsfond im Januar 1999 ankündigte, dass 1999 weitere 33% verkauft würden, gab Williams International sein Interesse an einer Mehrheitsbeteiligung an der Raffinerie kund.

Dem stellte sich Lukoil entgegen, das selber ein Interesse an einem Anteil an der Raffinerie hatte. Lukoil stellte Öllieferungen an Litauen im Januar und ein weiteres Mal im Mai 1999 ein und zwang die Raffinerie damit, den Betrieb einzustellen. Im Juni bekräftigten jedoch der Aufsichtsrat von Williams und die litauische Regierung ihre Absicht, die frühere Vereinbarung über den Verkauf von 33% Anteilen zu implementieren. Im selben Monat billigte das litauische Parlament den Plan von Williams, seinen Anteil auf 66% zu erhöhen. Nichtsdestotrotz kam eine endgültige Vereinbarung zwischen Williams und der Regierung wiederum nicht zustande.

Im Oktober 1999 meldeten litauische Medien, dass Jukos ein Interesse an 12% Anteilen hatte, wofür es bereit war, langfristig Lieferungen zu garantieren. Lukoil erhöhte wiederum den Druck. Ein russischer Ölmanager drohte, dass Rohöliefierungen nach Litauen fast vollständig gestoppt würden, was die Raffinerie zu „Schrott“ verwandeln würde, wenn Lukoil nicht 33% Anteile an Mazeikiu Nafta erhielte. Als Bekräftigung wurden Lieferungen eingestellt und eine Preiserhöhung für zukünftige Lieferungen angekündigt.

Gleichzeitig wuchs der Widerstand gegen Williams in Litauen. Der Leiter von Mazeikiu Nafta, der den Transfer des kontrollierenden Anteils an das amerikanische Unternehmen offen kritisiert hatte, trat Mitte Oktober zurück. Der litauische Ministerpräsident kündigte an, dass er die Vereinbarung nicht unterstützen würde. Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Ende Oktober 1999 wurde der Vertrag, mit dem 33% Anteile an Mazeikiu Nafta an Williams International überführt wurden, endlich unterzeichnet. Dadurch erhielt Williams die operationelle Kontrolle über Mazeikiu Nafta.

Im November musste die Mazeikiu-Nafta-Raffinerie ein weiteres Mal den Betrieb einstellen, nachdem Rohölleferungen aus Russland gestoppt worden waren. Nach zwei Wochen nahm die Raffinerie die Arbeit mit Nordseeöl, das an das Butinge-Terminal zu beträchtlich höheren Preisen als das russische Öl geliefert worden war, wieder auf. Verhandlungen mit Lukoil über ein Lieferabkommen wurden erneut begonnen und im Mai 2000 unterzeichneten Lukoil und Mazeikiu Nafta endlich ein langfristiges Abkommen.

Anfang 2001 kündigte Lukoil jedoch alle Pläne für eine langfristige Zusammenarbeit mit Mazeikiu auf und stellte ein weiteres Mal die Lieferungen ein, wodurch Mazeikiu Nafta mit Verlusten operierte. Ein Bericht des Staatlichen Rechnungshofes stellte die Behauptung auf, dass Mazeikiu Nafta Bankrott gehen könnte. Dies veranlasste den litauischen Präsidenten, persönlich eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Lukoil über Rohölleferungen an die Raffinerie zu versuchen. Die litauische Regierung erklärte ihre Absicht, den Verkauf von 33% an Mazeikiu Nafta an das russische Unternehmen zu unterstützen. Russischer Einfluss auf Managemententscheidungen stand jedoch nicht auf der Agenda.

Da Mazeikiu Nafta russische Rohölleferungen dringend benötigte und Lukoil mehr verlangte, als Litauen geben wollte, erhielt Jukos in den Verhandlungen eine reelle Chance. Im Juni 2001 erzielten Williams und Jukos eine vorläufige Vereinbarung. Jukos sollte 26,85% an Mazeikiu erhalten und dafür im Gegenzug Modernisierungsprojekte finanzieren und Rohölleferungen garantieren. Der Anteil von Williams würde auf 26,85% zurückgehen, die Firma würde aber ihre Stimmenmehrheit bei Mazeikiu Nafta behalten. Die litauische Regierung und das Parlament billigten die Vereinbarung. Der Abschluss der Vereinbarung wurde jedoch verzögert. Im Dezember kündigte Williams

an, dass sie von der Vereinbarung zurücktreten würde, da Jukos zum alleinigen Rohölleverantren für die Raffinerie werden wollte. Nichtsdestotrotz setzte das russische Unternehmen seine Rohölleferungen fort.

Ende Januar 2002 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Williams begann jedoch auch Gespräche mit Lukoil. Im Juni wurde endlich die Vereinbarung zwischen der litauischen Regierung, Williams und Jukos unterschrieben. Als Williams aufgrund finanzieller Probleme im August 2002 gezwungen war, seinen restlichen Anteil zu verkaufen, beschloss die litauische Regierung, keinen Gebrauch von ihrem Vorkaufsrecht auf die Anteile zu machen und stattdessen eine Vereinbarung mit Jukos zu gestatten, die die zusätzlichen 26,85% kaufte. Im Endergebnis besaß die russische Firma jetzt 53,7% der litauischen Firma und hatte die Kontrolle über das Management erhalten. Die Regierung hatte immer noch 41% Anteile an Mazeikiu Nafta und war durch ihre eigene Entscheidung zum Juniorpartner eines russischen Unternehmens in einer litauischen Firma geworden.

Als Jukos *de facto* durch die russischen Steuerbehörden in den Bankrott getrieben wurde, musste das Unternehmen im Januar 2005 Rohölleferungen an die Mazeikiu Raffinerie einstellen. Der litauische Ministerpräsident kündigte an, dass die Regierung alternative Lieferquellen für Rohöl suchen würde und einen Teil der Jukos-Anteile an der litauischen Firma zurückkaufen wollte. Im Februar 2005 wiederholte Lukoil seine Absicht, Mazeikiu Nafta zu kaufen. Ende April erklärte Jukos sich zu einem Verkauf bereit. Einen Monat später erklärte auch das russisch-britische Konsortium TNK-BP sein Interesse an Mazeikiu Nafta. Die litauische Regierung hofft, bereits im Sommer von einem neuen Besitzer dauerhafte Garantien für die Rohölversorgung der Raffinerie zu erhalten.

## Tabellen zum Text

### Investitionen russischer Öl- und Gasfirmen in der erweiterten EU

#### Lukoil

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Tschechische Republik	Tankstellen (2003 verkauft)	100%	Vertrieb
Estland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Finnland	Teboil (muss noch von der EU genehmigt werden)	100%	Vertrieb
Ungarn	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Lettland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Litauen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Polen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb

Quelle: NewsBase Archive ([www.newsbase.com](http://www.newsbase.com))